

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Die Zukunft der europäischen Sicherheitspolitik

4. März 2026

Angesichts der russischen Bedrohung und der Infragestellung des US-amerikanischen Schutzversprechens muss sich Europa verteidigungspolitisch neu aufstellen. Für das Friedensprojekt EU sind nun Fragen der Aufrüstung zentral. Es geht darum, den Frieden zu sichern und die Verteidigungsfähigkeit zu garantieren. Die NATO treibt die Aufrüstung weiter voran: Militärausgaben steigen – auch in Nicht-Mitgliedländern wie Österreich. In Deutschland wird die ausgesetzte Wehrpflicht wiederbelebt, in Österreich die Verlängerung des Grundwehrdiensts angestrebt.

Der internationale Tag der Abrüstung am 5. März lädt zu einer Reflexion über den gegenwärtigen Stand der Rüstungs- und Friedenspolitik ein: Wie kann, wie soll die Zukunft der europäischen Sicherheitspolitik aussehen? Soll sich Europa weiterhin – wenn auch vielleicht auf reduzierte Weise – auf die USA stützen oder auf eigene Beine stellen? Liegt der Schlüssel in der Vertiefung der europäischen Integration oder in zwischenstaatlicher Kooperation? Ist Aufrüstung der einzige, der richtige Weg zum nachhaltigen Frieden? Wie steht es im 21. Jahrhundert um den Pazifismus? Im Mediengespräch analysieren zwei Experten den Status Quo aus wissenschaftlicher Perspektive und zeigen Wege zur nachhaltigen Sicherung des Friedens in Europa auf.

Inputs:

[Matthias Dembinski](#) (Peace Research Institute Frankfurt): "Zwischen russischer Bedrohung und amerikanischem Rückzug: Die Zukunft der europäischen Sicherheit "

[Ulrich Ruschig](#) (Universität Oldenburg): „Kants Zum ewigen Frieden oder warum der Pazifismus nötiger ist denn je“

Moderation: Sophie Menasse (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

Matthias Dembinski

Zwischen russischer Bedrohung und amerikanischem Rückzug: Die Zukunft der europäischen Sicherheit

Dass Europa in der Zange zwischen andauernder russischer Bedrohung und amerikanischen Rückzugstendenzen mehr für die eigene Sicherheit tun muss, ist mittlerweile eine Binsenweisheit. Wie europäische Verteidigung ohne die USA oder mit einer deutlich reduzierten Rolle der USA aussehen könnte, ist dagegen nach wie vor unklar.

Diskutiert werden drei Optionen: (a) ein „Integrationsprung“ und eine Europäisierung der Verteidigung im Rahmen der EU, (b) eine institutionell verstärkte Kooperation großer europäischer Staaten etwa in Form einer Kerngruppe innerhalb der bestehenden europäischen Strukturen, oder (c) eine größere europäische Verantwortung innerhalb der weiterhin transatlantisch ausgerichteten NATO.

Alle drei Modelle versuchen, die bisherigen Beiträge der USA zur europäischen Sicherheit zu ersetzen. Es geht dabei nicht nur um die erheblichen und selbst mittelfristig nur schwer ersetzbaren konventionellen Fähigkeiten der USA sowie den nuklearen Schirm, sondern ebenso um ihre Führungsleistung. Alle drei Modelle haben verglichen mit dem Status-quo Nachteile; alle bergen erhebliche Risiken.

Das erste Modell begreift die Krise der europäischen Sicherheit als Möglichkeit für einen Integrationsprung. Schlagworte dieser Perspektive lauten europäische Armee und europäischer Rüstungsmarkt. Dieses Modell könnte Verteidigungsfähigkeit durch effiziente Nutzung europäischer Ressourcen garantieren und amerikanische Führung durch vergemeinschaftete europäische Entscheidungsverfahren ersetzen. Allerdings würde dieses Modell die legitimatorische Basis der EU überdehnen. Eine europäische Armee setzt einen europäischen Staat voraus, und davon sind wir weit entfernt. Neben normativen Überlegungen sprechen auch die faktischen Souveränitätsvorbehalten der Staaten gegen dieses Modell. Planungspapiere wie der Strategische Kompass und selbst Papiere der EU-Kommission wie das Weißbuch rücken stattdessen die Verantwortung der Staaten und ihrer demokratisch legitimierten Regierungen ins Zentrum.

Das zweite Modell könnte die bisherige Führungsleistung der USA durch eine Kerngruppe oder einen europäischen Sicherheitsrat ersetzen. Derartige Modelle gehen auf das Schäuble/Lamers Papier von 1994 zurück. Dass sie niemals realisiert wurden, hat offensichtliche Gründe. Selbst im Kreis einer kleineren Gruppe größerer und mittelgroßer europäischer Staaten klaffen die Interessenlagen und sicherheitspolitischen Kulturen so weit auseinander, dass höhere Institutionalisierung und Mehrheitsabstimmungen nötig wären, um Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Zu einem derartigen Souveränitätsverzicht sind die Staaten im Bereich der Verteidigungspolitik aber nicht bereit. Hinzu kommt ein weiteres Hindernis. Umso höher die Institutionalisierung einer solchen Kerngruppe, umso geringer wäre ihre Akzeptanz im Kreis der EU-Staaten, die nicht dabei sind.

Das dritte Modell hofft, die bestehenden Strukturen möglichst weitgehend erhalten zu können. Es knüpft an Aussagen amerikanischer Verteidigungspolitiker und Strategiepapiere wie die National Defense Strategy an, denen zufolge die europäischen NATO-Staaten in Zukunft zwar die Hauptlast der konventionellen Verteidigung tragen, die USA aber mit einem reduzierten Truppenkontingent in Europa präsent bleiben und weiterhin militärische Kernfähigkeiten wie Satellitenaufklärung und nukleare Abschreckung stellen. Auch dieses Modell hätte erhebliche Nachteile. Zum einen würde es europäische Abhängigkeiten und die damit gegebene Gefahr der Ausbeutung von Asymmetrien verstetigen. Zum anderen bliebe fraglich, worauf Führung und europäische Gefolgschaft sowie die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Nuklearschirmes beruhen soll, wenn die USA keine vitalen strategischen Interessen in Europa haben.

Kurzum befindet sich Europa sicherheitspolitisch in einer dramatischen Umbruchsituation. Symptomatisch für die Radikalität dieses Umbruchs sind die Diskussionen um die Zukunft der nuklearen Abschreckung in einer Reihe von Ländern. Selbst in Deutschland werden Gedankenspiele über eine nationale nukleare Option nicht mehr automatisch verworfen. Wohin die Reise geht, ist vollkommen ungewiss. Einen überzeugenden Blueprint gibt es nicht. Stattdessen gleichen politische Initiativen einem vorsichtigen Tasten in unbekanntem Terrain.

Ulrich Ruschig

Kants *Zum ewigen Frieden* oder warum der Pazifismus nötiger ist denn je

An einem Tag im Jahr soll, so die Vorgabe, über Abrüstung geredet werden. Das ganze Jahr hindurch wird freilich aufgerüstet. Für diesen einen Tag, den »Welttag der Abrüstung«, formuliert Antonio Guterres, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, eine Botschaft und verkündet darin: »Es ist an der Zeit, diesem Wahnsinn ein Ende zu setzen. Wir brauchen Abrüstung jetzt.« Doch morgen und weitere 364 Tage wird der Wahnsinn weitergehen, bis es in einem Jahr wieder heißt: »Welttag der Abrüstung«. Diesem Tag scheint seine Vergeblichkeit eingeschrieben zu sein. Wie aber kann man aus solcher Ritualisierung der Ohnmacht ausbrechen? Ganz einfach: Über Abrüstung muss ernsthaft nachgedacht werden. Und man sollte es ernst meinen: Die Aufrüstung muss gestoppt werden, und zwar sofort! Unverbindliche Appelle – seid doch bitte vernünftig, ihr Politiker! – gehören zu dem Wahnsinn dazu. Wie aber geht das: ernsthaft nachdenken?

Der erste Schritt eines solchen Nachdenkens besteht in der nüchternen Bestandsaufnahme. NATO-Europa rüstet auf, entwickelt immer grässlichere Waffen, die Kosten steigen und sprengen den »normalen Staatshaushalt«. Kredite ohne Grenze nach oben werden aufgenommen. Und: Gegenwärtig findet in Europa ein furchtbarer Krieg statt. Die führenden europäischen Politiker sagen offen: Europa müsse für einen noch größeren, noch furchtbareren Krieg gerüstet werden. Ihrer Bevölkerung bescheinigen sie, sie sei »wohlstands- und friedensverwöhnt«. Damit müsse nun Schluss sein. Ab jetzt werde für den Krieg »ertüchtigt«. In Deutschland wird die ausgesetzte Wehrpflicht wiederbelebt, in Österreich die Verlängerung des Grundwehrdienstes angestrebt. Junge Menschen sollen an die Waffen – und an die

Front. Töten und Getötet-Werden für das Vaterland, so lautet die neue Devise für die bislang Friedensverwöhnten.

Wie rechtfertigen die herrschenden Politiker all dies: Aufrüstung, verordnete Kriegsertüchtigung, Propaganda für das Kriegführen, Waffenlieferungen und Waffenproduktion? Ganz einfach: Es gehe ihnen, so sagen sie unisono, um den Frieden. Stocker, Merz, Trump, Putin, Selenskyi und Netanjahu streben, so beteuern sie, einen friedlichen Zustand zwischen den Staaten an. Dafür bereiten sie den Krieg vor. »si vis pacem para bellum« so bringt der Lateiner den Wahnsinn auf den Punkt. Und: Je intensiver der Politiker Streben nach einem friedlichen Zustand wird, desto akribischer müssen die Vorbereitungen für den Krieg sein. Wem dies als widersinnig erscheint, dem erläutern die Politiker den Grund des Widersinns: Auf dem Wege hin zum Frieden gebe es leider Hindernisse, aufgestellt selbstredend nicht von ihnen, sondern von den jeweiligen ›Feinden‹. Doch die ›Feinde‹ sagen genau dasselbe. Sie wollen den Frieden genauso, aber es gebe Hindernisse auf dem Weg zum Frieden, welche man mit Gewalt beseitigen wolle, ja müsse, solle der Frieden nicht in Gefahr geraten. Beispiel: Aus Russlands Sicht ist die NATO-Osterweiterung ein solches Hindernis, wenn nahe der russischen Grenze Raketen stationiert werden, die in einer halben Stunde Flugzeit Moskau zerstören können. Solche Hindernisse seien, wenn die Diplomatie versage, allein durch Kriege zu beseitigen. Folglich sei es für jede friedliebende Staatsführung unbedingte Pflicht, den Krieg vorzubereiten, i. e. die eigene Armee und zugleich auch die Zivilisten zum Kriege zu »ertüchtigen«. Beide Seiten verstehen sich als friedliebend und begründen mit ihrer Friedensliebe die Kriegsvorbereitung. Wenn das so weitergeht, dann steuern solche Friedensliebenden in den 3. Weltkrieg. Ist das nicht wahnsinnig? Und zu diesem Wahnsinn gehört es, Pazifisten zu verteufeln. So bezeichnete der deutsche Altkanzler Olaf Scholz Pazifisten als »gefallene Engel aus der Hölle«, mithin als gefährliche Idealisten, die als Engel sich geben, in Wahrheit jedoch als Teufel agieren, denn sie opponieren gegen die verordnete Kriegsertüchtigung, die ja, so die Politiker, eigentlich Friedensdienst darstelle, der nicht sabotiert werden dürfe.

Skakespeare hilft immer: »Though this be madness, yet there is method in't.« Erst wenn es gelingt, die Methode in dem gegenwärtig praktizierten Wahnsinn zu erkennen, wird nachhaltige Abrüstung möglich. Für das Erkennen der Methode ist Kants Zum ewigen Frieden einschlägig. Darin zeigt Kant zeigt auf, dass der Wahnsinn des kriegerischen Mordens der Menschen durch ihresgleichen mit einer zentralen Argumentationsfigur gerechtfertigt wird: Der Zweck heilige die Mittel. Die häufig moralisierend auftretenden Politiker bekunden als ihren Zweck, Frieden zu schaffen. Da dieser, so sind sie sich sicher, die Mittel heilige, plädieren sie dafür, Frieden zu schaffen mittels immer perfekterer Waffen, und dafür, möglichst viele ›Feinde‹ zu töten. – Alles weitere zu dieser Argumentationsfigur im Vortrag.

Über die Experten

[Matthias Dembinski](#) ist assoziierter Fellow am Peace Research Institute Frankfurt und dort Ko-Leiter des von der Leibniz-Gemeinschaft geförderten interdisziplinären Forschungsprojektes „PATTERN: How Does the Past Matter? The Russian War of Aggression Against Ukraine and the Cold War“. Er promovierte sich 1989 an der Goethe Universität in Frankfurt mit einer Arbeit zu den Bedingungen strategischer Rüstungskontrolle. Als Gastforscher am Center for Science and International Affairs (Harvard University) und als Fellow and der Stiftung Wissenschaft und Politik (damals

Ebenhausen) arbeitete er von 1991 bis 1995 zu nuklearer Abrüstung und Nichtverbreitung. Nach seiner Rückkehr an die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung 1996 verschob sich sein Forschungsschwerpunkt auf die Felder Internationale Organisationen im Allgemeinen und NATO sowie Europäische Außen- und Sicherheitspolitik im Besonderen. Zudem forschte er zu Fragen internationaler Gerechtigkeit und zu Demokratie als Bedingung des Friedens.
Email: Matthias.Dembinski@prif.org

Ulrich Ruschig ist Professor für Philosophie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und war ebendort langjähriger Direktor des Instituts für Philosophie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört unter anderem politische Philosophie. Für das Thema einschlägige Publikation: »*Es soll kein Krieg sein*«. *Was Kant den heutigen Staatsführern ins Stammbuch geschrieben hätte*. In: *Das Argument* 344 Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, 66. Jahrgang (2026), Heft 1, 122-138. <https://uol.de/ulrich-ruschig/dokumente>
Email: ulrich.ruschig@uni-oldenburg.de

Kontakt für Rückfragen

Sophie Menasse

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 677 614 622 33

E: menasse@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Cosima Danzl

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 660 721 83 75

E: danzl@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>